

Protokoll - Runder Tisch „Wohnungslosenhilfe“ am 04.02.2015

Zeit: 17:05 Uhr bis 18:20 Uhr

Ort: Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, 35037 Marburg

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: 28 Personen (Anwesenheitsliste)

Tagesordnung

- 1. Begrüßung**
- 2. Entwurf eines Gesamtkonzeptes „Wohnungslosenhilfe“**
- 3. Rückmeldungen von den Akteuren und Austausch**
- 4. Ergebniszusammenfassung und Ausblick**

Die Power Point Präsentation der Veranstaltung und die Unterlagen sind online veröffentlicht: <http://www.marburg.de/de/120240>

1. Begrüßung durch Oberbürgermeister Herrn Vaupel und Sozialplanerin Frau Meier

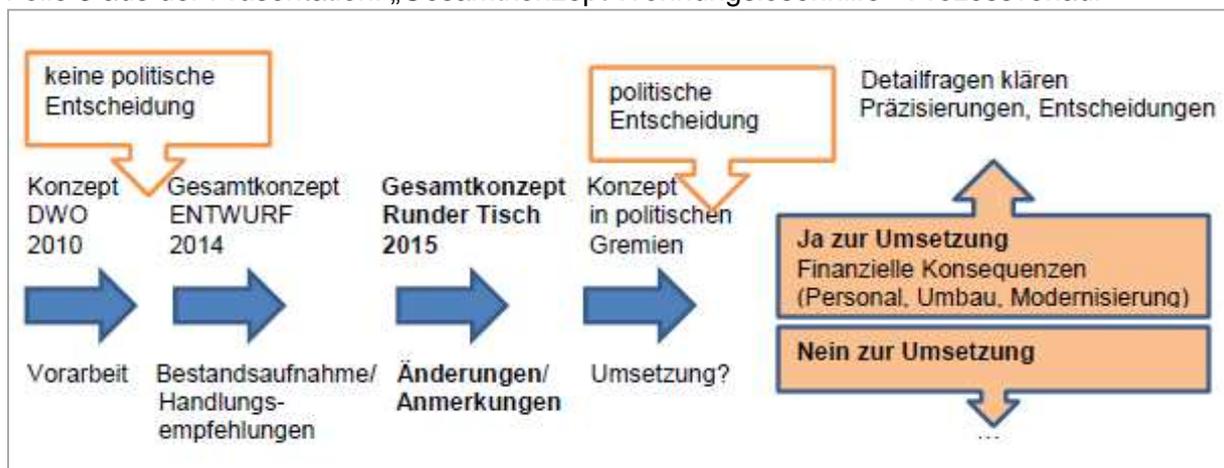
- Herr Vaupel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden
- neben den Mitgliedern des Runden Tisches „Wohnungslosenhilfe“ wurden auch die Mitglieder des Sozialausschusses zur heutigen Sitzung eingeladen
- Herr Vaupel betont, dass sich die gemeinsame Absprache von Fachleuten und der Politik bei der Entwicklung von Konzepten in der Vergangenheit bereits bewährt hat
- Frau Meier begrüßt die Anwesenden ebenfalls, insbesondere die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Jugend und Frauen und die Vorsitzende Frau Dr. Perabo
- Frau Meier stellt die Tagesordnung und den bisherigen Prozessverlauf bis zum vorliegenden Konzeptentwurf vor
- der Entwurf wurde den städtischen Gremien bereits vorgelegt
- Ziel ist die Weiterentwicklung des Entwurfs zu einem Konzept, über das dann die politischen Gremien entscheiden müssen (finanzielle Konsequenzen)
- Klärung von Detailfragen und Präzisierungen folgen nach der grundsätzlichen Entscheidung durch die Politik

2. Entwurf eines Gesamtkonzeptes „Wohnungslosenhilfe“

- Frau Meier stellt den Konzeptentwurf für ein Gesamtkonzept zur Marburger Wohnungslosenhilfe vor (Power Point Präsentation)
- der Konzeptentwurf aus dem Jahr 2014 umfasst eine Bestandsaufnahme, bisherige konzeptionelle Überlegungen, aktuelle neue Ansätze und Handlungsempfehlungen für die zukünftige Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe in Marburg

- bei der heutigen Sitzung werden auf der Grundlage des Entwurfes Änderungen und Anmerkungen zusammengefasst, die von der Sozialplanung in den Entwurf eingearbeitet werden
- das Ziel ist ein „Gesamtkonzept 2015“: das angestimmte Gesamtkonzept soll im März in den politischen Gremien besprochen werden (Entscheidung für oder gegen die Umsetzung)
- im Prozessverlauf gab es bisher keine politische Entscheidung für die konzeptionellen Ideen (DWO Konzept 2010)

Folie 3 aus der Präsentation: „Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe - Prozessverlauf“



- aufbauend auf bestehenden Strukturen gibt es konzeptionelle Ansätze für neue Angebote: eine niedrigschwellige Übernachtungsunterkunft, eine befristete Clearingunterkunft bis zur Klärung der individuellen Situation, eine Interimsunterkunft zur Überbrückung von Wartezeiten und ein Probewohnen, entweder in angemieteten Wohnungen im Stadtgebiet oder bereits vorhandenen Wohneinheiten
- darüber hinaus besteht die Idee eines betreuten Wohnens bei Doppeldiagnose
- das gemeinsame Ziel der Akteure und die Zielstellung der Angebote ist die Re-Integration der betreffenden Menschen in reguläre Mietverhältnisse

Anmerkungen aus dem Plenum

- Herr Severin (SHM, Mitglied des SOA) weist auf die Unterscheidung von Menschen ohne festen Wohnsitz und Obdachlosen nach den gesetzlichen Vorschriften hin, da hier unterschiedliche Ansprüche und auch Kostenträger zu beachten sind
- für die Unterbringung von Obdachlosen ist die jeweilige Stadt oder Gemeinde zuständig, in der derjenige zuletzt mit Hauptwohnsitz gemeldet ist, die meisten Gemeinden halten Unterkunftsmöglichkeiten vor
- Frau Roesner (DWO, Fachberatung Wohnen) antwortet, dass die Zahl der klassischen Nichtsesshaften, die von Ort zu Ort ziehen, sehr stark gesunken ist und dafür die Zahl der Wohnsitzlosen, die eine Wohnung hatten, zunimmt, insbesondere ist eine Zunahme bei jungen Menschen zu beobachten

- Herr Hammerschmidt (Geschäftsführung DWO) regt an, in der laufenden Diskussion keine juristische Unterscheidung zu treffen und von Wohnungslosen zu sprechen; Ziel der Diskussion soll sein, Lösungsmöglichkeiten bei Wohnungslosigkeit zu finden und eine politische Aussage „wir wollen“ zu erhalten
- Frau Meier stellt abschließend die Handlungsempfehlung aus dem Konzeptentwurf vor: Entscheidungen müssen bezüglich der Verortung der befristeten Clearingunterkunft und des Probewohnens erfolgen

3. Rückmeldungen von den Akteuren und Austausch

- in der schriftlichen Stellungnahme der Sozialen Hilfe Marburg zum vorliegenden Konzeptentwurf wird eine Verzahnung der Unterbringung mit psychotherapeutischer Betreuung vorgeschlagen, wie sie bereits jetzt mit einigen Bewohnern/innen in den Obdachlosenunterkünften im Ginseldorfer Weg praktiziert wird, hier wird noch eine konzeptionelle Verankerung gewünscht
- in der schriftlichen Stellungnahme des AKSB wird eine Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle und der Klärungsstelle gewünscht
- Aufgaben einer Koordinierungsstelle sollen konkretisiert werden
- Frau Meier weist darauf hin, dass im Entwurf eine Koordinierungsstelle bei der Stadtverwaltung vorgeschlagen wird (Abschnitt 2.5), Koordination hinsichtlich von Einzelfällen, Monitoring in Bezug auf die Gesamtstatistik zur Steuerung von Hilfen und der Netzwerkarbeit aller Institutionen
- Herr Severin ergänzt, dass es Leistungsansprüche der Betroffenen nach § 67 SGB XII gibt, die Hilfen sind bisher nicht immer zielgerichtet, daher ist ein Hilfeplan erforderlich (vergleichbar mit der Jugendhilfe)
- Herr Peter Schmidt (Stadtverwaltung, Fachbereichsleitung „Arbeit, Soziales und Wohnen“) ergänzt, dass Hilfsangebote nach § 67 SGB XII nur gewährt werden können, wenn Sie auch eingefordert werden und die Betroffenen bereit sind, mitzuwirken
- Frau Rösner ergänzt, dass bei der Fachberatung Wohnen mit Hilfeplänen gearbeitet wird und ein Austausch mit dem städtischen Fachdienst „Wohnungswesen“ stattfindet
- Frau Hey (AKSB) wünscht eine Optimierung der vorhandenen Strukturen und eine Verstärkung der Bemühungen um eine Vermittlung der Betroffenen in reguläre Mietverhältnisse, wozu aber auch die Schaffung von passendem Wohnraum gehört
- weitere Träger mit spezifischen Kompetenzen sollen eingebunden werden
- Frau Hey wünscht keine feste Verortung von Wohnungslosen mit Doppeldiagnose in den Unterkünften im Ginseldorfer Weg, dort sollten auch Probewohnen und reguläre Mietverhältnisse möglich sein
- die Soziale Hilfe stellt klar, dass sie rund 230 Personen im gesamten Stadtgebiet betreut, es also keinen Schwerpunkt im Ginseldorfer Weg gibt

- Herr Vaupel möchte möglichst noch im März eine politische Entscheidung zum Konzept herbeiführen, Details zur Umsetzung des Konzepts können dann anschließend bei einer weiteren Sitzung des Runden Tisches mit den Fachleuten abgestimmt werden
- Herr Vaupel befürwortet den Konzeptentwurf in der vorliegenden Form, die vorliegenden Stellungnahmen und heute besprochenen Änderungswünsche werden eingearbeitet
- Herr Severin regt eine Überprüfung an, wer von den jetzigen Bewohner/innen im Ginseldorfer Weg kurzfristig in ein reguläres Mietverhältnis vermittelt werden kann und wie den anderen am besten geholfen werden könnte
- Nachfrage von Frau Hey, wie hoch das Budget sein wird
- Herr Vaupel antwortet, dass dies vom Konzept abhängig ist und danach schrittweise eine Planung von Haushaltsmitteln in Abstimmung mit GeWobau, DWO und Verwaltung angegangen wird
- Frau Meier fragt nach weiteren Änderungswünschen zum Konzeptentwurf
- Herr Peter Schmidt erinnert an die Beteiligung von Seniorenbeirat, Behindertenbeirat und Jugendhilfe auf Wunsch des Sozialausschusses
- Frau Meier bestätigt die Einladung der jeweiligen Vertreter/innen
- Frau Hey hält eine Beteiligung in der Umsetzungsphase des Konzepts für sinnvoll
- Herr Hammerschmidt betont die Notwendigkeit der Einrichtung einer Clearingunterkunft in räumlicher Nähe zur „Fachberatung Wohnen“, da hier eine individuelle Klärung der Situation erfolgt
- Frau Meier nimmt eine Liste der Prozessbeteiligten mit in das Gesamtkonzept auf (Seite 29 im Konzept)

4. Ergebniszusammenfassung und Ausblick

- Herr Vaupel betont, dass weitere Absprachen und Abstimmungen nach dem politischen Beschluss für eine Umsetzung des Konzeptes erfolgen
 - Frau Meier wird in den Entwurf die vorliegenden Änderungswünsche und Anmerkungen einarbeiten
 - diese Änderungsversion wird gemeinsam mit den vorliegenden Stellungnahmen an alle Mitglieder zur Kenntnis versandt
 - das „Gesamtkonzept „2015“ wird dann im März den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt
 - Frau Meier dankt allen Mitgliedern des Runden Tisches für ihr Kommen und den gemeinsamen Austausch
- bei positiver Beschlussfassung der Gremien erfolgt eine weitere Sitzung des Runden Tisches „Wohnungslosenhilfe“ zur Abstimmung von Detailfragen und konkreten Entscheidungen